

Wochenendgespräch

27.08.2011 / Wochenendbeilage / Seite 1 (Beilage) [Inhalt](#)

»Sozialismus kann nur mit den Menschen verwirklicht werden«

Über Mauerdebatten in der Linkspartei, Erfahrungen in der DDR und die heutige politische Positionierung früherer Bürgerrechtler. Gespräch mit Judith Demba

Interview: Markus Bernhardt



Judith Demba
Foto: Privat

Judith Demba wurde am 20. April 1957 in Laucha/Unstrut (Kreis Nebra) in Sachsen-Anhalt geboren. Die gelernte Facharbeiterin für chemische Produktion war in der DDR Mitglied in der Pionierorganisation, der Freien Deutschen Jugend (FDJ), dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetischen Freundschaft (DSF), sowie bis zu ihrem Austritt 1980 der SED. 1989 gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der Grünen Partei der DDR und nahm für diese am »Runden Tisch Lichtenberg« – später »Runder Tisch Berlin« teil.

Nach dem Zusammenschluß der Berliner Landesverbände der Grünen mit der westdeutschen »Alternativen Liste« kandidierte Demba 1990 erfolgreich für das Berliner Abgeordnetenhaus. Dort war sie für neun Jahre als Abgeordnete tätig und engagierte sich unter anderem gegen die Olympiabewerbung Berlins und für antifaschistische und antimilitaristische Politik. Aufgrund des Angriffskrieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien unter deutscher Beteiligung trat sie aus den Grünen aus und arbeitete unter anderem als Projektkoordinatorin des Zentrums Demokratische Kultur. Judith Demba ist heute Mitglied der Partei Die Linke, verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen und der Roten Hilfe e. V.

Zum 50. Jahrestag der Schließung der innerdeutschen Grenze durch die Deutsche Demokratische Republik (DDR) am 13. August ist es in der Linkspartei zu Auseinandersetzungen bezüglich der Einschätzung des Mauerbaus und auch der DDR im allgemeinen gekommen. Wie nehmen Sie, als Linke und ehemalige Bürgerin der DDR, die Diskussionen wahr?

Diese Diskussion nutzt, insbesondere in der Art und Weise, wie sie geführt wird, vor allem dem politischen Gegner. Eine solidarische Auseinandersetzung statt dieser nach außen

gerichteten hysterischen Abwehr, Entschuldigungs- und Beschuldigungsdebatten, in der sich Genossinnen und Genossen genötigt fühlen, öffentlich ab- und aufs Grundgesetz zu schwören, wäre einer linken Gesellschaftsanalyse wesentlich zuträglicher.

Ich sehe kein Problem darin, daß in einer pluralen Partei auch zu diesem Thema unterschiedliche Standpunkte existieren, aber erst einmal sollte doch zwischen historischer Einordnung und Verteidigung des Mauerbaus unterschieden werden.

Das ist natürlich in der bürgerlichen Öffentlichkeit gar nicht gewollt, denn über diese Mauerdiskussion schafft man es ja, gerade in Wahlkampfzeiten, von den real existierenden Problemen abzulenken und zugleich die Linke anzugreifen. Was ja dank des Mittuns von einigen Genossinnen und Genossen auch gut gelungen ist.

Fakt ist doch, daß die DDR-Regierung 1961 ganz real aufgrund der ökonomischen Probleme nur zwei Möglichkeiten gesehen hat: abzudanken und die Idee des »besseren Deutschlands« aufzugeben oder drastische Maßnahmen zu ergreifen. Sie hat sich für letzteres entschieden.

Ich persönlich bin der festen Überzeugung, daß ein sozialistisches Projekt nur mit den Menschen und nicht gegen sie verwirklicht werden kann. In der damaligen Situation war es natürlich nahezu unmöglich, umgeben von »der schönen Welt des Klassenfeindes«, die Bevölkerung in ihrer Mehrheit von der Attraktivität eines solchen Projektes zu überzeugen, aber es wäre aus meiner Sicht der richtige Weg, und wenn er gelungen wäre, auch einer mit der längeren Bestandsgarantie gewesen. Aus diesem Grund war ich auch als DDR-Bürgerin immer der Meinung, daß man alle, die gehen wollen, auch gehen lassen muß.

Abgesehen davon macht mich insgesamt die Scheinheiligkeit dieser ganzen Mauerdiskussion wütend. Angesichts dessen, daß fast täglich im Mittelmeer Menschen ertrinken, weil sich die EU zwar nicht mit Steinen, aber mittels der Grenzschutzagentur »Frontex«, forciert von der Bundesrepublik Deutschland, eine Riesenmauer gebaut hat, eine »Mauer«, die in den letzten Jahren mehr als 20000 Menschen das Leben gekostet hat, wird doch sehr deutlich, daß es bei der Diskussion eben nicht um Menschenrechtsverletzungen geht, sondern bei aller, auch berechtigter Kritik, vor allem darum, den politischen Gegner zu diffamieren und Menschen, die, wie Umfragen zeigen, zunehmend auf die Idee kommen, daß beispielsweise eine kostenlose Gesundheitsversorgung, das Schulsystem oder die soziale Absicherung in der DDR doch als beispielgebend gelten könnten, solche Gedanken auszutreiben.

Warum erhitzt die DDR noch über 20 Jahre nach der Vereinigung beider deutscher Staaten derart die Gemüter?

Anfang der neunziger Jahre hatte ich mal einen Streit mit einem meiner Westkollegen in der Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Meine Auffassung war die, daß die Abwicklung der DDR auch zu sinkenden sozialen Standards in der BRD führen wird, weil mit der DDR das innerdeutsche Korrektiv weggefallen ist. Er hat dagegen protestiert und meinte, die sozialen und arbeitsrechtlichen Errungenschaften in Westberlin und der BRD wären allein auf den Kampf der Gewerkschaften zurückzuführen, und die Existenz der DDR hätte damit nichts zu tun. Wie die Geschichte zeigt, war dies leider nicht ganz zutreffend.

Jedenfalls glaube ich, daß immer noch, zumindest in den Köpfen vieler, »die DDR« als so etwas wie ein soziales Konkurrenzmodell existiert. Wie schon erwähnt, angesichts zunehmender Kosten für die Gesundheitsversorgung für den einzelnen, armutserhaltender Arbeitsverhältnisse, Hartz IV und anderer sozialer Ausgrenzungsmechanismen liegt es ja auf

der Hand, daß nach Alternativen gesucht wird, und da ist es eben auch naheliegend, sich zu fragen, ob die in der DDR praktizierten Modelle nicht beispielgebend sein könnten. Überlegungen, die wiederum nicht auf das Interesse der bürgerlichen Parteien treffen, weil sie ihren Politik- und Gesellschaftsmodellen widersprechen. Deshalb ist die DDR sozusagen stellvertretend für die Suche nach gerechten Gesellschaftsmodellen immer noch ein beliebtes Feindbild.

Dazu kommt, daß sich viele ehemalige DDR-Bürger mit ihren Biographien in der »neuen« Gesellschaft nicht angenommen fühlen, weil ihre Lebensleistung oft nicht nur negiert, sondern pauschal verurteilt wird.

Sie selbst sind bereits 1980 aus der SED ausgetreten. Haben sich Ihre Wünsche und Hoffnungen mit dem Ende der DDR erfüllt?

Ich bin 1980 nicht aus der SED ausgetreten, weil ich das Ende der DDR wollte, sondern eine andere demokratische, ökologisch orientierte, wirklich den Menschen zugewandte und mit allen gestaltete DDR.

Die SED war ein träges Schiff mit undemokratischen Strukturen, das immer in den gleichen Kanälen fuhr und da, wo sich das weite Meer vor ihr auftat, absichtlich umdrehte und noch engere Kanäle anstrebte. Sie war weder in der Lage, mit konstruktiver Kritik aus den eigenen Reihen umzugehen noch die Kreativität in der Bevölkerung zu fördern und zu nutzen, um einen lebenswerten sozialistischen Staat aufzubauen. Keinen Mut, kein Esprit, den intellektuellen Herausforderungen gegenüber nicht aufgeschlossen und vor allem kein Vertrauen in die eigene Bevölkerung. Ich habe großartige Genossen mit bahnbrechenden Ideen in der SED kennengelernt, die regelmäßig an den konservativen Führungsstrukturen gescheitert sind.

Ich wollte mich dem nicht unterordnen, ich bin keine Parteisoldatin, ich halte Disziplinierungen für gefährlich und habe nach anderen Wegen gesucht, mich im Sinne meiner Überzeugung zu engagieren.

Mein größter Vorwurf an die DDR-Führung war immer, um es mal etwas vereinfacht darzustellen, daß man versucht hat, den Menschen das Denken abzugewöhnen, und mein Leitspruch lautet »Selberdenken ist nicht verboten« – das gilt übrigens auch für die Gesellschaft, in der wir heute leben.

Meine Hoffnungen und Wünsche haben sich also durch das Ende der DDR keineswegs erfüllt. Der Kapitalismus ist aus meiner Sicht weder eine anstrebenswerte Gesellschaftsordnung noch das Ende der Geschichte. Eine Gesellschaft, wo alle Lebensbereiche und der Mensch selbst einer Verwertungslogik untergeordnet werden, ist eine, die jeder humanistischen Überzeugung widerspricht und auf Dauer nicht überleben wird.

Wenn Sie auf Ihr Leben in der DDR zurückschauen, wie fällt dann Ihre ganz persönliche Bilanz aus?

Ich war ein Kind der DDR, ich war überzeugt, daß ich im besseren Teil Deutschlands lebte, im antifaschistischen Deutschland, das war für mich schon wegen meiner Familiengeschichte ein ganz wichtiger Punkt. Große Teile meiner Familie sind in den KZ der Nazis umgekommen. Aber ich hatte Ideale, Kritik und eigene Vorstellungen von dem sozialistischen Staat, in dem ich leben wollte und habe versucht, diesen treu zu bleiben, mich dafür

einzusetzen und meine Kinder in diesem Sinne zu erziehen, auch wenn das nicht immer einfach war. Es gab viele Menschen, die das auch so hielten, aber es waren insgesamt zu wenige.

Machen wir uns nichts vor, viel mehr haben sich in einer kleinbürgerlichen Idylle eingekerkelt, es sich gutgehen lassen, sich damit begnügt, vor sich hin zu meckern und den Hintern nicht hochgekriegt. Das sind doch oftmals die, die heute am lautesten über ihr Elend in der DDR berichten.

Diese Kleinbürgerlichkeit, Trägheit und Spießigkeit in der DDR habe ich wirklich verabscheut, und ich glaube, daß auch sie ein Grund dafür waren, daß das Projekt letztlich scheitern mußte.

Auf der anderen Seite blicke ich aber auch auf ein solidarisches Miteinander zurück, welches heute kaum noch anzutreffen ist. Offenheit, Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung ohne zu fragen, welche Gegenleistung dafür erbracht wird. Diese Solidarität konnte zweifelsohne vor allem deshalb entstehen, weil der Konkurrenzdruck im Alltag fehlte und die Menschen sozial abgesichert waren.

Sie waren Gründungsmitglied der ostdeutschen Grünen und haben sich in den sogenannten Wendejahren an den Runden Tischen beteiligt. Welche Hoffnungen haben Sie damals mit Ihrem Engagement verbunden?



Sommer in Berlin, 1987 im
Ernst-Thälmann- Park
Foto: Eberhard Klöppel

Nach meiner Lehre im Petrolchemischen Kombinat Schwedt, übrigens zur damaligen Zeit eines der modernsten erdölverarbeitenden Werke Europas, war mir bewußt, daß auch oder gerade eine sozialistische Ökonomie nicht ohne Ökologie auskommt. Daher habe ich mich seit Mitte der 80er Jahre umweltpolitisch engagiert, und da war es nur folgerichtig, daß ich nach dem Versuch, zum Beispiel über die Gründung einer Umweltgruppe im damaligen Werk für Fernsehelektronik gemeinsam mit anderen für ein umweltpolitisches Bewußtsein in der Bevölkerung und bei den Entscheidungsträgern zu kämpfen, letztlich bei der Grünen Partei der DDR gelandet bin. Dort haben sich viele gleichgesinnte Aktivistinnen und Aktivisten zusammengefunden. Die Grünen Ost gehörten jedoch nicht zu denjenigen, die nach D-Mark und Marktwirtschaft gerufen haben, sie sind für Ökologie und Demokratisierung in der DDR eingetreten. Das war auch die Motivation, sich an den Runden Tischen zu beteiligen, und nachdem klar war, daß es eine »andere DDR« nicht geben wird, waren das auch unsere Botschaften für ein »wiedervereinigtes« Deutschland.

Haben sich Ihre damaligen Erwartungen zumindest zeitweilig erfüllt?

Ich will das mal so sagen: Anfang und Mitte der neunziger Jahre gab es eine Phase, insbesondere in der »alten« BRD, in der Veränderungen im gesellschaftlichen Diskurs

bemerkbar waren, die sich auch in politischem Handeln niedergeschlagen haben. Denken wir nur an die Umweltgesetzgebung oder an das Antidiskriminierungsgesetz in Berlin, auch hinsichtlich der Stadtplanungs- und Schulpolitik gab es neue Ansätze.

Dabei kommt den Grünen West eine entscheidende Rolle zu. Sie haben mit ihrem Engagement und ihrer politischen Kultur eine wichtige Funktion eingenommen, indem sie dauerhaft von den Anfängen der Antiatombewegung, über den Widerstand gegen die Startbahn West etc. gesellschaftliche Debatten angestoßen haben, die zu tatsächlichen Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein geführt haben. Das betrifft nicht nur ökologische Fragen, sondern auch Fragen der Partizipation, der Widerstandskultur und der Multikulturalität der Gesellschaft. Mit Multikulturalität meine ich dabei nicht nur das Zusammenleben mit Menschen aus anderen Ländern, sondern die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen und Lebensentwürfe.

Die Grünen werden dieser Rolle aber schon lange nicht mehr gerecht, und mit der »freien Entfaltung« der kapitalistischen Gesellschaft nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten wurde das Rad inzwischen an vielen Stellen wieder zurückgedreht. Das macht politischen Widerstand um so notwendiger.

Hier sehe ich eine große Herausforderung für die Linkspartei, diese Lücke zu füllen, Themen zu setzen und gesellschaftliche Diskurse zu initiieren. Dafür braucht es nicht nur ein gutes Programm, sondern auch den Mut zur Provokation, den ich leider in der Partei – noch – sehr vermisse.

Schaut man sich die politische Entwicklung vieler selbsternannter Bürgerrechtler an, die sich an den damaligen Runden Tischen beteiligten, fällt es schwer zu glauben, daß diese sich jemals für eine Demokratisierung der DDR starkmachen wollten. Viele der früheren »Bürgerrechtler« scheinen heutzutage schließlich keinerlei Probleme mit der massenhaften staatlichen Überwachung zu haben, von der etwa die Antifaschisten betroffen sind, die im Februar dieses Jahres einen Naziaufmarsch in Dresden mittels friedlicher Blockaden verhinderten...

Es ist richtig, vieles, was berechtigterweise der DDR-Regierung zum Vorwurf gemacht worden ist, wie die massive Einschränkung der Freiheits- und Bürgerrechte, ist heute Alltag in der BRD, ohne daß es einen wahrnehmbaren gesellschaftlichen Widerstand dagegen gibt. Es ist gelungen, unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung (»Otto«-Pakete 1 und 2) fast widerstandslos einen massiven Grundrechteabbau vorzunehmen. Das Problem ist, daß es kaum gesellschaftliche Wahrnehmung von Dimension und Auswirkungen gibt, und ich kann da nur mit Benjamin Franklin sagen: »Wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.«

Ich denke, es muß ein Bewußtsein dafür geben, daß alles, was heute unter dem Deckmäntelchen der Terrorbekämpfung eingeführt wird – ich erinnere nur an die Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Innern oder die Übertragung von hoheitlichen Aufgaben an private Wachdienste, letztlich auch zur »Aufstandsbekämpfung« anlässlich sozialer Proteste eingesetzt werden wird und die Ausforschung aller Lebensbereiche des einzelnen nicht nur wirtschaftlichen Interessen dient, sondern auch der Strategie der Vereinzelung, Aufteilung in Gute und Böse; teile und herrsche folgt. Es geht eben nicht um Schutz, sondern um Machterhalt.

Wie erklären Sie sich denn konkret, daß viele der damals aktiven Bürgerrechtler offenbar heutzutage weder Probleme mit dem zunehmenden Abbau der Grund- und Freiheitsrechte, der Militarisierung der bundesdeutschen Innenpolitik und der aggressiven BRD-Kriegspolitik haben?

Natürlich sind auch ehemalige Bürgerrechtler Teil dieser Gesellschaft. Und der Menschenrechtsdiskurs verfängt seit Jahren als Rechtfertigung für die Beteiligung der Bundeswehr an sogenannten Auslandseinsätzen. Es steht meiner Meinung nach auch sehr in Frage, ob die erfreulichen Umfrageergebnisse, das heißt die massive Ablehnung der Beteiligung deutscher Soldaten in Afghanistan, ein wirkliches Umdenken in bezug auf Auslandseinsätze generell bedeutet?

Das glaube ich persönlich nicht, denn neben dem Menschenrechtsdiskurs wird inzwischen ja auch ganz offen darüber diskutiert, daß es bei den Auslandseinsätzen um Ressourcen und Sicherung der Handelswege geht. Ich denke nicht, daß der gleiche Anteil der Bevölkerung, der gegen den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan ist, zugleich bereit ist, sich für faire Handelsbeziehungen und die Angleichung der Lebensverhältnisse weltweit einzusetzen, wenn das heißt, die eigenen Lebensgewohnheiten umzustellen und auf das eine oder andere zukünftig zu verzichten. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf.

Sie sind aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen Jugoslawien 1999 aus den Grünen ausgetreten. Haben Sie Ihren Entschluß jemals bereut?

Nein, ausgetreten bin ich ja aufgrund der Unterstützung eines deutschen grünen Außenministers für den NATO-Angriff auf Jugoslawien. Anlaß war letztlich die Räumung der Landesgeschäftsstelle der Berliner Grünen durch die Polizei. Die Geschäftsstelle war von Kriegsgegnern besetzt worden, und der grüne Landesvorstand hat diese polizeilich räumen lassen.

Seit Jahren stimmen die Grünen im Bundestag für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Meine feste Überzeugung ist es nach wie vor, daß Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Das war letztlich auch der Grund, warum ich in die Linkspartei eingetreten bin, weil sie für mich als Antikriegspartei glaubwürdig ist.